

Protokoll:

Bürgermeisterin Hammes-Rosenstein unterrichtet den Stadtrat über die Situation der Flüchtlinge in Koblenz (UV/0096/2015).

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig dankt der Bürgermeisterin für ihr persönliches Engagement bei der Flüchtlingsthematik.

Rm Knopp (CDU) gibt bezüglich des von der Bürgermeisterin vorgestellten Konzeptes der Asylbewerberunterbringung zu bedenken, der Standort am Wallersheimer Kreisel sei aufgrund der Nähe zur Großsiedlung Neuendorf nicht gut gewählt, da dort bereits ein sehr hoher Migrationsanteil bestehe. Dies habe der Oberbürgermeister Anfang des Jahres auch selbst mitgeteilt.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig antwortet, aufgrund der seit Anfang des Jahres geänderten Flüchtlingssituation reichten die bisher vorgesehenen Unterbringungsmöglichkeiten nicht mehr aus, weshalb zusätzliche Standorte benötigt würden. Die Situation der Asylbewerber ändere sich wöchentlich, weshalb schnelle Reaktionen und Planänderungen notwendig seien. Das Angebot für die Unterbringung am Wallersheimer Kreisel sei ein sehr gutes und auch kurzfristig realisierbar. Er appelliert an Herrn Knopp, die vorgetragene Strategie zu unterstützen.

Herr Knopp ergänzt, er sehe die Schwierigkeit darin, die Asylbewerber vor Übergriffen zu schützen. Es sei zudem wichtig, die Bürgerinnen und Bürger vor Ort über die Planungen in dem Gebiet zu informieren.

Bürgermeisterin Hammes-Rosenstein versichert, es seien bereits Bürgerversammlungen in den entsprechenden Gebieten geplant. Sie stellt fest, unter den Bürgerinnen und Bürgern gebe es große Hilfsbereitschaft. Ortsvorsteher Schmidt schließt sich diesen Ausführungen an.

Herr Knopp fordert eine bessere Aufteilung der Asylbewerberunterbringung auf die verschiedenen Koblenzer Stadtteile.

Rm Hentschel (SPD) fragt nach, wie die weitere Vorgehensweise im Umgang mit minderjährigen unbegleiteten Flüchtlingen aussehe. Daraufhin erklärt Bürgermeisterin Hammes-Rosenstein, es solle ein neues Bundesgesetz verabschiedet werden, dass die Verteilung dieser Flüchtlingsgruppe neu regeln werde. Von Seiten der Stadt Koblenz werde eine Vernetzung mit den umliegenden Jugendämtern angestrebt und es werde eine umfangreiche Information über dieses Thema stattfinden.

Frau Sauer (CDU) erklärt, sie würde sich eine bessere Unterstützung von Seiten der Kirchen durch z. B. Bereitstellung von leerstehenden Kirchengebäuden wünschen.